

Schwarzwälder Tageszeitung

Gründet
1877

"Aus den Tannen"

Fernsprecher
Nr. 11

Verlagsort für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 M., mit Postzuschlag 550 M., Bezugsdauer 540 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 30 M., die Reklamzeile 75 M. Mindestbetrag bei Nichterschließen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Streik 100 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt nicht möglich.

Nr. 4.

Ultensteig, Freitag den 5. Januar.

Jahrgang 1923

Sonntagsgedanken.

Glück.

Glück und Leid an allen Enden...
Halt dein Herz in festen Händen.
Aus dem einen kommt das andre,
aus dem andern, wie ich meine,
kommt auch wiederum das eine.
wie's die Menschen selber meinen...
Halt dein Herz in festen Händen.

S. Lehning.

Zum Erscheinungsfest 1923.

Mehe Licht! So hallt unter den Schatten eines drohenden neuen Aufeinanderstoßes der Sehnsuchtschrei der gequälten Völker über die dunkle Erde hin. Aber kann man denn irgendwo einen Hoffnungsstimmer entdecken, wenn man sich nicht betrogen läßt, wenn man an Völkerverkehr und Volkseule den christlichen Maßstab anlegt? Am Erscheinungsfest ermahnen wir die überraschende Kunde, daß es in fremden Erdteilen mit der Sache des Christentums erhelllich vorwärts geht. In den letzten anderthalb Jahrzehnten ist beispielsweise die Zahl der evangelischen Christen in Afrika auf nahezu das Doppelte, in China noch stärker gewachsen. In Ostindien sind große Uebertretungsbewegungen im Gang. Und dies trotzdem das Selbstbewußtsein der farbigen Rasse steigt und der Weltkrieg von ihnen weithin als "böbisch-amerikanischer Kulturbarren" empfunden wird. Was ungezählte unter diesen Menschen zum Evangelium hinführt, ist nicht sein Zusammenhang mit unserer Rasse und Kultur, sondern das tiefe Erleben: "Das ewig Licht geht da herein."

Daran können auch wir uns aufrichten. An jenen Missionserfolgen ist bis heute die hingebende Arbeit und Opferwilligkeit deutscher Christen wesentlich beteiligt. Auch von den Gebieten, aus denen deutsche Glaubensboten nach die Entente vertrieben wurden, kommen dringende Rufe nach ihrer Rückkehr zu uns und in ausländischen Kreisen bricht die Ueberzeugung durch, wie wichtig die deutsche Beteiligung für den inneren Wert der Weltmission ist. Man hofft auf uns; ist das nicht auch ein Lichtstrahl? Unter den gewaltigen Erschütterungen unseres Volksebens werden noch viele erkennen, welche hohe geistige Aufgabe uns inmitten der Menschheit zugewiesen ist. Es gilt nur sich dafür zubereiten im Licht auf ihn, der läßt von der Krippe zum Kreuz über die Erde schreiten, heute von einer wachsenden Schar als das Licht der Welt gefeiert wird und seiner Zeit den hellen Tag der allumfassenden Gottesherlichkeit heraufführt.

S. H.

Zur Lage.

Die erste Woche des neuen Jahres hat in der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten in Paris zur Behandlung der Reparationsfrage entscheidungsvolle Tage für das deutsche Volk gebracht. Alles, was bisher über die Pläne und Verhandlungen in Paris laut geworden ist, hat den Optimismus bestätigt, der hier beim Rückblick auf 1922 und bei einer Auschau auf 1923 vertreten wurde. Das politische neue Jahr hat unter einem ungünstigen Stern seinen Anfang genommen und die erste Woche hat in den Pariser Beratungen den Eindruck vertieft, daß der Kelch der Leiden in Deutschland heuer bis zur Reize geleert werden muß.

Reichskanzler Dr. Cuno hat in seiner Hamburger Silberrede den Plan einer Friedensbürgschaft am Rhein oder eines Friedenspactes mit Frankreich angekündigt, bei dem England Partner und Amerika Zugschauer der Vereinbarung sein sollten. Es war ein Plan, wie ihn die Weltgeschichte in dieser Offenherzigkeit und mit diesen Sicherheitsgarantien noch nicht erlebt hat. Deutschland verpflichtete sich um des bedrohten und bedrückten Rheinlandes willen zum Frieden mit Frankreich, verzichtete auf "Rvondane" und übertrug nach Ablauf dieser Frist einen Kriegsfall der Willkürbestimmung. Die Vermittlung des deutschen Garantievertrags durch Amerika stieß bereits bei den Vorbesprechungen mit Frankreich auf Ablehnung, zu der Poincare dann noch seine schamlosen Verheißungs- und Verleumdungslügen hinzusetzte, so daß das deutsche Friedenswerk am Jahresanfang an Frankreichs bösem Willen scheiterte. Wahrscheinlich ein trübes Bild zur Pariser Konferenz, das durch die Ergebnisse der letzten Tage seine volle Bestätigung erfahren hat.

In Paris liegen nunmehr die drei Pläne der alliierten Mächte vor, ein französischer, englischer und italienischer Plan, der deutsche Reparationsvorschlag ist noch nicht bekannt, da die Verbündeten es bisher abgelehnt haben, den nach Paris entsandten deutschen Staatssekretär Bergmann zu hören. Aber aus des Reichskanzlers Hamburger Rede ist bekannt, daß Deutschland mit Hilfe seiner Industrie und Wirtschaft, sowie durch Anleihen den französischen Forderungen auf rasche Bezahlung nachkommen will unter Voraussetzung der Gewährung eines Zahlungsaufschubs und der Freiheit des Handels.

Der französische Plan enthält nach Poincares Konferenzrede für Deutschland unannehmbare Pfändervorschläge, die das Kernstück darstellen. Es ist ein Programm der Schleichwege, der Füllstriche und Hinterlistigkeiten. Der erste Satz ist bezeichnend: die Pfänder werden genommen, um die Ausführung der Reparationsbedingungen sicherzustellen. Poincare verzichtet rein äußerlich auf die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, will aber mehr: Pfänder, um die Sachlieferungen und Geldzahlungen sicherzustellen. Dabei hat er es abgesehen vor allem auf die Kohle, die Staats- und Kommunalwälder des besetzten Gebiets und die Wiederaufbauwerke. Aber nicht genug damit: die Stabilisierung der Mark und Ordnung des deutschen Finanzhaushalts wird unter Kontrolle gestellt durch ein Garantiekomitee, das zum eigentlichen Herzen von Deutschland gemacht wird. Bei Verletzungen Deutschlands — diese werden einfach festgesetzt — treten dann Sanktionen ein. Dieses Teufelswerk des Abolaten Poincare hat nicht die deutschen Finanzen zum Ziel, sondern "automatische Zwangsmaßnahmen" und damit ein politisches Ziel im Rheinland und Ruhrgebiet. Abschmäkung dieser von Deutschland durch eine Zollgrenze, Verlängerung der Besatzungsfrist im besetzten Gebiet u. a. Kurz gesagt: produktive Pfänder, Witzreden in Deutschlands Willen.

Der englische Plan von Bonar Law lehnt Pfänder und Sanktionen ab, er will die Reparationsfrage lösen und Deutschland 4 Jahre Zahlungsaufschub gewähren, allerdings auch unter schweren Bedingungen, darunter die Finanzüberwachung. Sie wird wenig gemildert dadurch, daß der deutsche Finanzminister dabei den Vorsitz führen soll. Der englische Plan bedroht aber bei Nichterfüllung und Verzögerungen Deutschland ebenfalls mit militärischen Besetzungen und Beschlagnahmen von deutschem Einkommen, während Poincares Plan diese selbstständig in Kraft setzen will. Die Regelung der deutschen Schulden durch England ist wie beim französischen Plan nach dem in London festgesetzten Zahlungsmodus gedacht in Verbindung mit der interalliierten Verschuldung. Die deutsche Schuld würde dadurch auf 50 Milliarden Goldmark herabgemindert. England will also kein Pfand, aber Finanzkontrolle und Streichung der Verbandschulden.

Der italienische Plan sieht ein jähriges Moratorium vor, Herabsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden, Verstärkung der Befugnisse der Reparationskommission und des Garantiekomitees zur Finanzkontrolle Deutschlands, Anleihen und auch produktive Pfänder (Kontrolle der Aus- und Einfuhr, Zollserhebungen an der Grenze des Rheinlandes, Kontrolle der Forsten und Bergwerke im Ruhrgebiet). Dieser Plan steht zwischen den beiden andern auf halbem Wege.

Die Konferenz hat sich nun mit diesen drei Plänen besetzt. Der englische Plan hat von Frankreich und Poincare scharfste Ablehnung erfahren, wobei er von Belgien, das angeblich vermitteln will im Sinne Frankreichs, unterstützt wird. Bonar Law steht zu seinem Plan. Man kann sich also vorerst nicht einigen. Die Gegensätze sind so groß, daß vorerst eine Ueberbrückung nicht möglich ist.

Für Deutschland ist Poincares Plan völlig unannehmbar. Die Kritik der französischen Pressepolitik deutet jetzt schon an, daß Frankreich allein handeln und doch besetzt werden nach dem Plan von Marschall Foch. Unannehmbar ist die Gefahr für Deutschland.

Nach den zuletzt eingelaufenen Nachrichten ist die Pariser Konferenz vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unnachgiebigkeit Frankreichs hat gesiegt und in seinem blinden Haß wird es auch vor brutaler Gewalt nicht zurückschrecken.

Die Pariser Konferenz gescheitert.

Paris, 4. Jan. Die Beratungen der Ententestaatsmänner haben nach einer Meldung der T. U. auch im Verlauf des Donnerstag vormittags nicht zu einer Verständigung geführt und sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Konferenzverhandlungen sind dadurch auf vorläufig unbestimmte Zeit vertagt.

Poincares Pfänderforderungen.

Paris, 3. Jan. In dem französischen Reparationsplan heißt es:

Die Pfänder werden genommen, um die Ausführung der Reparationsbedingungen sicherzustellen, ferner um den alliierten Mächten die Fortsetzung und Ausdehnung der Zahlungen bei Ablauf des Moratoriums zu sichern, wenn Deutschland in diesem Augenblick nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen habe, um normal seine Schulden zu begleichen. Das von der französischen Regierung ausgearbeitete Programm verjagt so gut wie möglich, jede militärische Besetzung zu vermeiden, ausgenommen den Fall, daß Deutschland sich nicht frist an alle Verpflichtungen halte, die das Programm ihm auferlege, in welchem Falle auch die Sanktionen automatisch in Kraft treten, die im nachfolgenden Kapitel vorgesehen sind. In dieser Hinsicht übernehmen die Alliierten gegeneinander eine absolute Verpflichtung, sei es, um die Sanktionen gemeinsam anzuwenden, sei es, teilerweise Einwendung zu erheben, wenn einer von ihnen allein sie zur Anwendung bringt.

Pfänder, um Sachlieferungen sicherzustellen, sind: a) Kohle. Eine internationale Kontrollkommission, bestehend aus Ingenieuren, deren Vorsitzender ein Franzose ist, und in der sich die Stimmen im Verhältnis zu den Kohlenlieferungen verteilen, die den alliierten Mächten zustehen, wird nach Essen geschickt und mit dem Bestand der deutschen Regierung mit den notwendigen Vollmachten versehen, um die Tätigkeit des Kohlenyndikats zu überwachen, und um durch Befehle, die der Präsident erteilt, sei es dem Kohlenyndikat oder dem deutschen Transportdienst, die strikte Anwendung des von der Reparationskommission festgesetzten Programmes sicherzustellen. b) Es wird Deutschland notifiziert, daß die alliierten Regierungen sich das Recht vorbehalten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu ihrem Nutzen in den Staats- und Kommunalwäldern des besetzten Gebiets Holzschlagrechte durchzuführen zu lassen. Auch nach dieser Richtung soll die Rheinlandskommission Befehle zur Holzschlagung erteilen. c) Im Falle der von Deutschland verlangten Sachlieferungen — Wiederaufbaumaterial, Stachtfisch usw. — nicht in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen können, können in der Höhe der unbefriedigten Lieferungen Requisitionen erfolgen, und zwar unter Befehl und Kontrolle der Rheinlandskommission. Diese Requisitionen können sowohl in den militärisch besetzten Gebieten als auch im Ruhrgebiet stattfinden. Pfänder zur Sicherstellung der Geldzahlungen: 1. Abgabe ausländischer Devisen von der deutschen Ausfuhr aus dem zurzeit besetzten Gebiet und aus dem Ruhrgebiet. 2. Die Beschlagnahme der Vorkasse des augenblicklich besetzten Gebiets und der Hauptkassämter im Ruhrgebiet. Der französische Plan schlägt die Einnahme aus diesem Verfahren auf 200 Millionen Goldmark, davon im besetzten Gebiet 100 Millionen Goldmark, die in Papiermark eingezogen werden. Der Gesamtbetrag der vorgeschlagenen Pfänder soll sich genau auf 1 Milliarde Goldmark belaufen. Man behält sich vor, im Falle, daß Deutschland auch fernerhin verjagt, alle Einnahmequellen, namentlich aber die Kohlensteuer und die Abgabe der ausländischen Devisen, zu erhöhen. Es wird betont, daß die Pfänder den Vorteil hätten, einen energischen Druck auf die Großindustrie auszuüben, die bis jetzt das Haupthindernis für die Ausführung des Friedensvertrags gebildet hätten.

Sanktionen. Wenn die deutsche Regierung das vorsehende Programm nicht ausführe, und namentlich nicht alle gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen, die die Reparationskommission oder die Rheinlandskommission



müssen oder die interalliierte Jugentur-Kommission für notwendig erachten, werden sofort und automatisch die folgenden Funktionen in Kraft treten: 1. Militärische Belegung der Bezirke von Essen und Bochum und des von Marschall Foch näher bestimmten Teiles des Ruhrbeckens; 2. Errichtung einer Linie östlich des besetzten Gebiets. Es bleibt die von der französischen Regierung mehrmals gemachte Feststellung aufrecht erhalten, daß jede Nichterfüllung des Versailles Vertrags einen Aufschub der Räumungszeit für das besetzte Gebiet in der Vergangenheit zur Folge gehabt habe und in Zukunft haben werde.

Die Finanzkontrolle im englischen Plan.

Paris, 4. Jan. Im englischen Entschädigungsplan wird gefordert: Es wird nötig sein, ein Organ für die wirksame Überwachung der deutschen Finanzverfassung und -Verwaltung im Namen der Verbündeten einzurichten, auf jeden Fall bis zu der Zeit, wo die neuen Verhandlungen in volle Ausführung kommen und Deutschland seinen Entschädigungsverpflichtungen regelmäßig nachkommt. Es wird vorgeschlagen, einen fremden Finanzausschuß mit dem Sitz in Berlin einzurichten. Dieser Ausschuß soll bestehen aus Personen, die von Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien benannt werden, zusammen mit zwei anderen Mitgliedern von amerikanischer bzw. neutral-europäischer Nationalität. Der deutsche Finanzminister soll von Amts wegen Vorgesetzter sein (ohne Stimme mit Ausnahme des Falles von Stimmengleichheit) und soll auf des Finanzausschusses Anweisung erücht werden, zu antworten und vor in allen Angelegenheiten, die sich beziehen auf 1. Geldmarkt, 2. Haushalt, Steuererhebung und öffentliche Finanzen, 3. allgemeine Schatzverwaltung, 4. finanzielle Verbote und Kontrolle der fremden Wechsel. Das bedeutet natürlich ein erhebliches Maß von Einmischung in die deutsche demokratische Unabhängigkeit in Finanzsachen. Aber diese Einmischung ist ein unvermeidlicher Begleitumstand in der wirksamen Überwachung oder Kontrolle. Es wird notwendig sein, dafür zu sorgen, daß der Finanzausschuß ohne den deutschen Finanzminister Beratungen abhält bei jeder Gelegenheit, die die Ausübung der Vollzugsgewalt verlangt, die gegenwärtig in den Händen der Wiederherstellungskommission und des Garantenausschusses liegt. Die besondere Befugnis des fremden Finanzausschusses sollte am 31. Dezember 1928 aufhören, aber die Verbündeten sollten die Macht haben, durch einstimmig gefassten Regierungsbeschluss diese Befugnis für eine oder mehrere Zeiträume zu erneuern, wenn sie diese Erneuerung für notwendig halten. Nach Erlöschen der besonderen Befugnis hört der Ausschuß auf, unter dem Vorsitz des deutschen Finanzministers zu beraten, wird aber die Befugnisse weiter ausüben, die ihm von dem Wiederherstellungsausschuß und vom Garantenausschuß übertragen werden.

Poincare gegen den englischen Plan.

Paris, 4. Jan. Poincare beharrt die Frage des Moratoriums. Er gab zu, daß der fremde Finanzrat die Stabilisierung der Mark innerhalb 6 Monaten durchführen soll, aber keine Garantie, kein Pfand gestatte es, anzunehmen, daß Deutschland nach dem Moratorium bezahlen werde. Außerdem gingen die Maßnahmen des Finanzrates 1928 zu Ende und können nur durch einstimmigen Beschluss der alliierten Regierungen erneuert werden. Das britische Programm erscheine aber noch gefährlicher, wenn man die Erschütterungen in Betracht zieht, mit denen Deutschland sich sehr rasch von seiner Schuld befreien könne. Infolge des Zusammenbruchs der Mark habe es seine innere Schuld so herabgemindert, daß sie nur noch eine Milliarde Goldmark betrage. Beim nächsten Markturn werde sie auf dem Rückpunkt anlangen. In einigen Jahren werde Deutschland das einzige Land in Europa sein, das keine innere Schuld habe. Mit seiner wachsenden Bevölkerung, mit seiner intakten Industrie mit seinen großen Vorräten an Kohle, Holz, Eisen und Stahl werde es gegenüber einem Frankreich, dessen Bevölkerung halb so stark sei, die Herrschaft Europas an sich reißen, während Europa die ungeheuren Lasten des Wiederaufbaus zu tragen habe. Die deutsche Vorherrschaft in Europa, die der Krieg zerstört habe, würde also auf diese Weise von den Alliierten wieder aufgerichtet und befestigt. Poincare kritisierte alsdann die finanziellen Vorschläge des englischen Planes. Schließlich rief Poincare in Betracht, wie der britische Plan auf die Regelung der interalliierten Schulden wirken werde, namentlich erachtete er sich in Erdörterungen darüber, wie Großbritannien und Frankreich sich ihrer Anteile an den Entschädigungen erheben könnten, indem er dabei auch die Anfordernisse Frankreichs in Rechnung stellte. Poincare schloß: Sämtliche Bestimmungen des englischen Vertrags seien also als Versprechen dem Friedensvertrag zu wider. Dieser stelle aber eines jener Dokumente dar, die man im internationalen Recht „ewige Verträge“ nenne, und die nicht abgeändert werden könnten. Er sei von den Anhängern sämtlicher Signatarmächte feierlich ratifiziert worden, und das französische Parlament habe in ratifiziert. Der Vertrag von Versailles habe also alle Weihen eines feierlichen internationalen Paktes und den Wert erlangt, der sich mit dieser Bezeichnung verbindet. Er sei für Frankreich ein inneres Staatsgesetz geworden. An dem Vertrag von Versailles könnten Veränderungen nur in der gleichen Form vorgenommen werden, d. h. durch die registrierten und von den Parlamenten ratifizierten Unterschriften sämtlicher Signatarmächte. Nicht aber könne Frankreich sich darauf einlassen, daß nur eine Zeile an diesem internationalen Instrument abgeändert werde.

Belgien an der Seite Frankreichs.

Paris, 4. Jan. Der belgische Ministerpräsident Theunis erklärte in der Sitzung der Konferenz, der englische Plan habe die Belgier ebenso enttäuscht wie die Franzosen. Er bedauere, daß Belgien nicht wie bei den früheren Konferenzen die Rolle eines Vermittlers spielen könne. Theunis wies auf

den fortgesetzten mühsamen Widerstand Deutschlands hin, der sich seit Spa immer verstärkt habe. Der englische Plan tue dem Vorrecht Belgiens Abbruch. Poincare habe alles gesagt, was über den englischen Plan zu sagen sei. Theunis schlug eine vorläufige Lösung vor, aus der die Erdörterung der Schüsse unter den Verbündeten ausgeschlossen werde und die für ein Jahr das französische Moratoriumsprogramm mit Pfändern enthalten. Bonar Law hielt die Gesamtheit seiner Vorschläge, namentlich seinen Widerstand gegen Pfändnahme, aufrecht und erklärte, die britische Vertretung werde in der Donnerstag-Sitzung eine eingehende Note als Antwort auf die Kritiken von Poincare und Theunis überreichen.

Das erklärte, die Meinungsverschiedenheiten seien grundlegend und ein Abkommen scheine unwahrscheinlich, doch sei es möglich, daß die italienische Vertretung heute ein Kompromiß einbringe. Wenn die Verbündeten ihre Unelastizität über die Mittel Deutschland zum Zahlen zu bringen, feststellen müßten, werde Frankreich gezwungen sein, allein zu handeln.

Ein Ultimatum von Frankreich?

Paris, 4. Jan. In offiziellen französischen Kreisen nimmt man an, daß Deutschland die französischen Forderungen die nach Ablauf des 15. Januar in Form eines Ultimatum an die deutsche Regierung gerichtet werden sollen, nicht annehmen wird. In diesem Falle würde nach dem Plan des Marschalls Foch die sofortige Belegung von Essen und Bochum sowie eines weiteren Teils des Ruhrbeckens vorgenommen werden. Genantere Angaben über die notwendige Truppenstärke werden nicht gemacht. Es ist aber wahrscheinlich, daß drei Divisionen eingesetzt werden sollen, um Essen und Bochum zu besetzen, da man es für wichtig hält, daß die Franzosen zu erwartenden industriellen Unruhen im Ruhrgebiet sofort Herr werden. In besonders großem Maße sollen Land-Bataillone benutzt werden. In dem zur Zeit besetzten rheinischen Gebiet hält man eine Besetzung der französischen Truppen nicht für notwendig. Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die Frankreich bei der Besetzung vorzunehmen gedenkt, bestehen in der Beschlagnahme der Holz- und Kohlenproduktion für Wiederaufbauzwecke, in der Beschlagnahme der deutschen Kohlensteuer und der 20prozentigen Devisenabgabe für die Ausfuhr aus dem Rhein- und Ruhrgebiet.

Der „Temps“ gegen die deutschen Vorschläge.

Paris, 4. Jan. Der „Temps“ bezieht sich schon heute die deutschen Vorschläge als illusorisch abzutun. Erstens könne das Kabinett Cuno die deutsche Großindustrie nicht zur Bezahlung zwingen und zweitens sei Deutschland infolge seiner Finanzlage augenblicklich nicht in der Lage, die Verpflichtungen zu erfüllen. Der „Temps“ kommt zu dem Schluß, daß Frankreich, wenn eine Verständigung in Paris nicht möglich sei, selbständig vorgehen müsse.

Der dritte und letzte Verhandlungstag.

Paris, 4. Jan. Im Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung (3 Uhr) verlas Marquis della Torretta die neuen italienischen Vorschläge, die nach der Agence Havas dem französischen Plan weichen und sich vor allem der Beschlagnahme der Pfänder als Gegenleistung für das Moratorium anschließen. Wie Havas weiter berichtet, hat dann Poincare die gestrigen von Bonar Law vorgebrachten Einwendungen beantwortet. Im Anschluß daran verlangte der englische Ministerpräsident die Erdörterung einer Note, die er am frühen Nachmittag der Konferenz übergeben hatte und in der die gestrigen von Poincare geleiste Kritik an dem englischen Plan beantwortet wurde. Der französische Premierminister erklärte, daß er sie zur Kenntnis genommen habe und daß es ihm genüge, festzustellen, daß dieses Dokument den Grundzug der Pfänderbeschlagnahme, den die franz. Regierung für unerlässlich erachte, abdecke und daß es ihm deshalb numöglich erscheine, in die von Bonar Law verlangte Erdörterung einzutreten. Inbestimmte wurde aus Dörängen der italienischen Delegation und der belgischen Vertreter vereinbart, daß jede der Delegationen für sich den engl. Entwurf und die ital. Pläne einer Prüfung unterziehen solle und die Konferenzverhandlungen nach einer Stunde wieder aufgenommen werden. Die belgische, die italienische und die franz. Delegation zogen sich darauf jede in einen besonderen Raum zurück, um die größtmögliche Uebersetzung vorzunehmen, während die englische Delegation sich in ihr Hotel begab. Nach Wiederaufnahme dauerte die Sitzung nur ganz kurze Zeit.

Paris, 4. Jan. Ueber die Verhandlungen im ersten Teil der heutigen Konferenztagung berichtet die Havas-Agentur noch folgendes: Der italienische Delegierte Marquis della Torretta beleuchtete kurz den britischen Plan vom italienischen Standpunkt aus und hob hervor, daß der Selbstverzicht der ehemals selbstlichen Mächte durch die Vorschläge von Bonar Law entgegen den Bestimmungen des Vertrags von Versailles getroffen worden sei. Italien könne auf diese Weise von Österreich und Ungarn keine Zahlungen erlangen und habe geglaubt, als Kompensation einen Anteil an den deutschen Zahlungen beanspruchen zu können, die aber der britische Plan beträchtlich herabsetzen solle. Die italienische Delegation bleibe auf dem Standpunkt, den sie in ihrem Memorandum gekennzeichnet habe. — Aus dieser Äußerung der Havas-Agentur wäre also zu schließen, daß ein italienischer Gegenorschlag der Konferenz heute Nachmittag nicht unterbreitet worden ist.

Paris, 4. Jan. (Havas.) Poincare und Bonar Law gaben nach der Nachmittags-Pause Erklärungen ab, welche die Unstimmigkeit in der Reparationsfrage feststellten. Die Erklärungen Poincares und Bonar Laws werden veröffentlicht werden. Die englische Delegation wird morgen früh, die belgische morgen Abend abreisen. Morgen finden zwischen der französischen, der italienischen und der belgischen Delegation noch Besprechungen statt.

Aus Stadt und Land.

Montag, 5. Januar 1929.

Der Dreiflingstag. Der 6. Januar schließt im Kirchenkalender als der Dreiflingstag, der Erscheinungstag oder der Epiphaniastag den Weihnachtsfestkreis ab. Der Dreiflingstag, der in Württemberg und Bayern ein gesetzlicher Feiertag ist, ist in der christlichen Kirche schon frühzeitig begangen worden. Epiphanie oder Erscheinungstag heißt der Tag, da er dem Feste der Erscheinung Christi unter den Menschen gewidmet ist. Seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. Geburt wurde das Fest in der orientalischen Kirche begangen, und zwar zunächst als Geburtsfest des Heilandes. In der abendländischen Kirche hat man die Anbetung der Weisen aus dem Morgenlande mit dem Tage in Verbindung gebracht, wodurch der 6. Januar den Charakter als Dreiflingstag erhielt.

Steuermarkenblätter 1922. Die Steuermarkenblätter 1922, d. h. die Einlagebogen zum Steuerbuch 1922, die zum Einleben von Steuermarken im Kalenderjahr 1922 verwendet wurden, sind im Januar 1923 an das zuständige Finanzamt abzuliefern. Die Ablieferung muß spätestens bis 31. Januar 1923 erfolgt sein.

Todesfall. Geherrn Kard noch kurzem Unwohlsein infolge eines Herzschlags Karl Armbruster sen., früherer Sebermeister, im 66. Lebensjahr. Der Verstorbenen war eine angesehenere Persönlichkeit. Er war lange Zeit im öffentlichen Leben tätig und hat damit manches Opfer für die Allgemeinheit gebracht. Lange Jahre war er Mitglied des Bürgerausschusses und Gemeinderats, als welcher er nordwärts auswich und bei der letzten Wahl wieder gewählt wurde, Vizekommandant der Feuerwehrgesellschaft des Völklinger, Vorstand des Riesensportverein usw. Sein plötzliches Hinscheiden wird in weiten Kreisen aufschätzliche Teilnahme finden.

Ragold, 4. Jan. (Gemeinderat.) In der ersten Sitzung des neuen Jahres begrüßte der Vorsitzende zunächst die neuwählenden Mitglieder, Herr Gaus und Herr H. In längerer Ausführungen wies er auf die Besorgnis der Aufgaben hin, die in der nächsten bewegten und schweren Zeit an die Gemeindevorstände herantritt und mahnte, die Arbeiten auf dem Rathaus feils in kollektivem Sinne und im Blick auf die Bedürfnisse der Gesamtheit zu führen zu wollen. Hierauf wurden die Resolutionsentwürfe verlesen, die bisher schon dem Gemeinderat Angehörigen auf ihren schon früher geleisteten Dienstleistungen hingewiesen. Die nun folgende Wahl der Vertreter zur Anwesenheit ergab Wiederwahl der bisherigen Vertreter, jedoch die Stadt Ragold vertreten ist durch Stadtschultheiß Meier, die Gemeinderäte Meyer, Käger, Häßler, Kaufner, Schnepp und Hg. Als Stellvertreter wurden gewählt: die Gemeinderäte Weinbreuer, Strenger, Sidel. Die Beschlussfassung über die neuerforderte Erhöhung der Preise für Licht und Kraft wurde auf die nächste Sitzung verschoben, ebenso die Neuordnung der Mischortfrage und was alles damit zusammenhängt. Grundfähliche Einigung wurde erzielt über die Frage der Ergänzung des Schlauchmaterials für die Feuerwehrgesellschaft im Bedarfsfall für alle Möglichkeiten vorbereitet sein zu können. Ein Kistenverkauf an die Seifenfabrik wird genehmigt. Um unsere Stadt mitgenommenen Straßen wieder instand zu setzen, wurden die Vorschläge des Stadtbauamts, die eine Ausbesserung durch einzuwalzendes Rainsteinmaterial in die beschädigten Straßenstellen vorsehen, nach längerer Aussprache genehmigt. Wenn es sich um eine völlige Neubearbeitung handeln würde, hätte man sich für Hartmaterial entschieden. Die Belohnung des Verwalters der Volkshäuser wird den veränderten Weltverhältnissen angepasst. Die Erziehungsanstalt Stammheim, in der auch Ragolder Kinder untergebracht sind, erhält einen Zuschuß von 10 000 M. Da die neuen Sätze des Reichssteuergesetzes auch hier durchgeführt werden müssen, so wird beschlossen, eine 12 gliedrige Kommission, die sich zu gleicher Zahl aus Vermietern und Mietern zusammensetzt, aufzustellen, um der die Aufgabe zufallen wird, einen Boden zu schaffen, auf dem beide Interessentengruppen sich einigen können. Die Kriegsteilnehmervereinigung dankt dem Gemeinderat für die Bewilligung von Mitteln, die dazu dienen, den Kriegswaisen eine Weihnachtsgabe spenden zu können. Da die Tätigkeit des Jägersausschusses nicht die Billigung aller Mitglieder des Gemeinderats findet, so wird beschlossen, daß die Arbeit des Jägersausschusses künftighin vom Gesamtkollegium ausgeführt werden soll. Ob damit eine Arbeit geleistet werden kann und wird, die Allen volle Befriedigung ihrer Wünsche bringt, steht dahin. Wohnungsfragen u. a. fällen den Rest der Sitzung.

Halterbach, 3. Jan. (Vom Rathaus.) Aus dem Amt 16 und 18 werden ca 190 Hfm. Rundholz im Sudmiffonsweg anfangs Januar zum Verkauf gebracht. 2 kleinere Lose werden auf Antrag für die Schneereinigung und die Köhlerregienoffensicht hier zurückgestellt und nach dem allgemeinen Holzverkauf zu entsprechendem, keinesfalls billigerem Preis ihnen zugewiesen. Die Preise für das im Nutzungsjahr 1923 anfall. Brennholz werden heute endgültig festgelegt; im Durchschnitt werden 1900 M. für den Raum angelegt.

Freudenstadt, 4. Jan. (Todesfall.) Eine hier und im Bezirk allgemein bekannte Persönlichkeit, Gemeinderat Adolf Rehlen, ist 73 Jahre alt ganz plötzlich, infolge eines Schlaganfalles, gestorben. Der Verstorbenen gehörte über 25 Jahre dem Gemeinderat an und hat während dieser ganzen Zeit keine einzige Sitzung vermisst. Während seines Hinscheidens stand der Amtsdieners im Zimmer, um Neffen zur ersten Sitzung im neuen Jahre einzuladen. Der Verstorbenen war eine Rämpfernatur und hat in vielen Fällen auf dem Rathaus eine gewaltige Opposition gemacht.

Freudenstadt. Im Laufe der letzten drei Jahre hat die Stadt aus ihrem Wald, aus dem sie durchschnittlich etwa 15 000 Hfm. jährliche Holzmenge herausheben darf, zu Holzverkauf 5990 Hfm. abgegeben. Da dies zu ernüchternden



Siegen geschah, betrug der Verlust gegenüber dem Marktpreis rund 2 1/2 Millionen Mark. Der letzte Stammholzwirkung, bei dem die Angebots eine Summe von 51 1/2 Millionen Mark erbracht hätten, wurde vom Gemeinderat nicht genehmigt. — Einwas Gemeindegeldes und Schönes hat die Stadt mit der Ubergabe und mit der Falkensfeld-Belastung, welche letztere eine besondere Freude ist, geschaffen. Welche Ausgaben die Stadt zu bewältigen hat, zehlt 2. B. die Ausgabe für die Vermittlung der 10 Millionen Mark verlangt.

Glatten. Zu Beginn des neuen Jahres werden zwei Drittel der beim Gröndachkraftwerk beschäftigten Leute entlassen, da das Werk seiner Vollendung entgegengeht. Hauptinhaber Abnehmer des Werkes, das etwa 10 Millionen Kilowatt erzeugt, wird Freudenstadt sein, dann wird Schramberg und das Bad um diese Stadt versorgt.

Regingen (Herb) 2. Jan. (Unfall mit nachgefolgtem Tod.) Vor ungefähr 14 Tagen fiel die Ehefrau des Landwirts Simon Remberger von hier, als sie von der Scheuerhütte Holz holen wollte, 2 Stöck hoch herunter. Nun ist sie an inneren Verletzungen vergangene Nacht gestorben. Sie war Mutter von 12 Kindern.

Stuttgart, 4. Jan. (Minister Graf 50 Jahre.) Der Minister des Innern Graf v. Helldorf hat heute sein 50. Lebensjahr. Sein Gesundheitszustand hat sich immer noch nicht so gebessert, daß er das Marienhospital, das er schon vor mehreren Wochen aufsuchen mußte, wieder verlassen kann.

Landesversammlung der Deutschen Volkspartei. Die Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Württemberg wird am Sonntag, 21. Januar, im Festsaal der Liederhalle stattfinden, wobei Reichstagsabgeordneter Straßmann sprechen wird.

Der deutlichen Auslandsinsitut. Der Handelsgeschichtliche Verein und das Deutsche Auslands-Institut verenden das Programm für ihre Vortragstätigkeit vom Januar bis zum April, demnächst wiederum 18 Vorträge jeweils an den Mittwochsabenden im Lindenmuseumsaal gehalten werden. Allererste Nachkammer sind berufen worden, alle erdunklichen und Auslandsdeutschstufen werden behandelt. Es ist höchst erfreulich, daß die beiden Vereine sich durch die Ungunst der Zeit nicht abschieden lassen, die ihre populäre Vortragstätigkeit fortzusetzen. Es werden auch ausländische Redner Vorträge halten.

Heilbronn, 4. Jan. (Nicht ertrunken.) Der junge Mann, der an Silvester mit einem Raften von Nordheim nach Heilbronn fuhr, konnte dank seiner Schwimmfertigkeit das Ufer erreichen, ist also nicht ertrunken.

Heilbronn, 4. Jan. (Gasvergiftung.) In seiner Wohnung tot aufgefunden wurde am Jahresabend der verwitwete städtische Arbeiter August Frank von hier; er ist infolge Gasvergiftung gestorben.

Murrhardt, 4. Jan. (Schiffsunfall.) Der 22 Jahre alte Herrmann Härtner von Steigelsberg schoß mit einigen Kameraden mit einem Jagd-Böllchen zu einer Jagd. Als die Hundsjagd infolge des Regens nicht richtig braunte, zündete er dieselbe nochmals an. In demselben Augenblick ging der Schuß los, der Böllchen wurde in die Höhe geschleudert und traf Härtner so unglücklich an den Kopf, daß ihm die Hirnschale eingeschlagen wurde und er sofort tot war. Ein Sohn des Bauern Kübler erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und am Körper.

Weingarten, 4. Jan. (Unfall.) Infolge unvorsichtiger Zündung eines Böllers verunglückte am Neujahrstag ein 20 Jahre alter Arbeiter. Die ganze Ladung ging dem Mann ins Gesicht, so daß er sehr schwere Verletzungen davontrug.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Lohnverhandlungen mit den Bergarbeitern. Im Reichsarbeitsministerium fanden neue Lohnverhandlungen mit den Bergarbeitern statt. Die mehrständigen Beratungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Es wird daher ein Schlichteramt auszusprechen, um eine Einigung zu finden, oder nötigenfalls einen Spruch zu fällen.

Zu einem Vater mit der Art erschossen. In der Nacht zum Dienstag wurde in der Frankfurter Allee in Berlin wiederum ein schweres Verbrechen verübt. Der 20jährige Sohn des Zimmermanns Wilhelm Klein ermordete seinen im Bette liegenden Vater durch Wundstiche. Der Täter, der anscheinend Epileptiker ist, konnte sofort verhaftet werden.

Sandel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Berlin 8004,93 G., 8045,07 Br.
1 Schweizer Franken — 1518,69 G., 1520,31 Br.
1 französischer Franken — 573,56 G., 576,44 Br.
1 italienischer Lira — 413 G., 416 Br.
1 holländischer Gulden — 3187 G., 3203 Br.
1 englische Pfund Sterling — 37306 G., 37498 Br.
100 österreichische Kronen — 1157 G., 1168 Br.
1 dänische Krone — 1645 G., 1654 Br.
1 schwedische Krone — 2169 G., 2180 Br.
Anpassung der Holzpreise an die Kohlenpreise. Die süddeutschen Forstverwaltungen und Waldbesitzerverbände von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben eine Vereinbarung getroffen, die Brennholzpreise den jeweiligen Kohlenpreisen anzupassen. Auf Grund dieser Vereinbarung wurden Brennholzpreistabellen ausgearbeitet, die die den verschiedenen Kohlenpreisen entsprechenden Brennholz-Walddreie enthalten, die für Ware mittlerer Art und Güte und mittlerer Absatzmenge gelten und die demnach für Waldbereite mit günstigen oder ungünstigen Absatzverhältnissen und für die Qualität des Holzes entsprechend an erhöhen oder zu erniedern sind.

Stuttgart, 7. Jan. Dem Schweinemarkt am Donnerstag waren zugeführt: 12 Ochsen, 5 Bullen, 26 Jungbullen, 25 Jungkälber, 33 Kälber, 150 Kälber, 87 Schweine und 9 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: lebhaft bei geringer Zufuhr. Erhöht wurde aus 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 45—48 000, Bullen erste 40 bis 43 000, Jungkälber erste 47—49 000, Kälber erste 34—38 000, zweite 28—32 000, dritte 20—25 000, Kälber erste 65—68 000, zweite 60—64 000, Schweine erste 70—73 000, zweite 65—68 000 Pfund.

Stuttgart, 2. Jan. Dem Schweinemarkt waren 183 Milch- und 9 Käuferschweine zugeführt. Preise für ein Paar Milchschweine 40—54 000, Käuferschweine 90—130 000 Pfund. Der Markt war belebt.

Freudenstadt, 3. Jan. (Holzverkauf.) Der letzte Stammholzverkauf wurde vom Gemeinderat nicht genehmigt. Es handelt sich um 542 Festmeter, die zu 11 1/2 Millionen Mark angeschlagen waren. Der Erlös hätte 51 1/2 Millionen Mark ausgemacht. Es wurden für die einzelnen Lose 430—470 Prozent geboten. Im ganzen waren es 9 Lose. Einheimische und Offenburg-Jäger waren Liebhaber. Da aber anderwärts schon Erlöse mit 530 Prozent erfolgten, und bereits höhere Angebote gemacht wurden, wurde der Zuschlag nicht erteilt und sollen die einzelnen Lose freihändig um höheren Preis abgegeben werden.

Kalen, 3. Jan. Dem Januar-Viehmarkt waren 105 Stück zugeführt, wovon 25 Stück verkauft wurden, und zwar 1 Stück zu 306 000, 2 Kälber zu 300 000 und 400 000, 21 Stück Kälber und Jungvieh zu 100—422 000, 1 Kalb zu 60 000 Pfund. Der Handel war angesichts der hohen Preise sehr flau. Händler fehlten fast vollständig. — Dem Schweinemarkt waren 22 Milchschweine zugeführt, die alle zum Preise von 32—50 000 Pfund abgesetzt wurden.

Unsere Zeitung bestellen!

Letzte Nachrichten.

Das Ende des Konferenz.

Die Konferenz beendet.

WTB. Paris, 4. Jan. Die Konferenz ist beendet. Die englischen Delegierten verlassen morgen früh Paris und kehren nach England zurück.

WTB. London, 4. Jan. Die Pariser Konferenz ist abgebrochen worden, ohne daß eine Verständigung erzielt worden ist.

Der Ausklang in Paris.

WTB. Paris, 5. Jan. (Havas.) Poincare wird heute noch private Besprechungen mit den Führern der Delegationen haben, die sich noch in Paris befinden. Es handelt sich aber nur um Höflichkeit und nicht um die Fortsetzung der Konferenz, die gestern Abend geschlossen wurde.

WTB. Paris, 5. Jan. Poincare wandte sich in der gestrigen Konferenzsitzung gegen einzelne von Bonar Law vorgeschlagene Bedingungen. Die Annahme, Deutschland könne in zwei Jahren Anleihen von 25 Milliarden Goldmark abschließen, sei bei der Bedeutung der deutschen Geldanlagen im Ausland durchaus nicht absurd. Die Franzosen aber die Herabsetzung der deutschen Schuld durch den engl. Plan werde aufrecht erhalten. Es trifft nicht zu, daß die Forderung, Sachleistungen in der für 1922 vorsehenden Höhe zu leisten, die deutsche Regierung zwinge, in Papiermark zu bezahlen und den Marktzug zu beschleunigen. Diese Verpflichtung bedeute zweifellos eine Last für Deutschland, aber die Schwierigkeiten rührten namentlich vom Verlegen des Dollars und von dem systematischen Wille der, sich dem Gedanken der Reparation zu widersetzen. (Poincare ist immer derselbe: Deutschland hat böse Absichten, hat schlechten Willen; Frankreich ist im Recht — es ist Sieger.)

Poincare de alle.

WTB. Paris, 5. Jan. In einem Telegramm an den französischen Vizekonsul in Washington kritisiert Poincare die Erklärungen des deutschen Außenministers über den Vorschlag eines Sicherheitspaktes, der die Räumung des linken Rheinufers bezweckt, bevor Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Der Vize wärde Deutschland volle Freiheit lassen, die Verhältnisse der Grenze oder Restruktur anzugreifen, um die von den Polen und Polen bewohnten Gebiete wieder an sich zu reißen und seine Vorkriegsstellung in Europa wieder vorzubereiten.

(Anmerkung des WTB.: Eine Antwort auf die Behauptungen Poincares wird, wie wir hören, nicht ausbleiben.)

Die Schlagerklärungen der engl. und franz. Regierungvertreter.

WTB. Paris, 4. Jan. (Havas. — Ähnlich.) Bonar Law hat am Schluss der Sitzung der Konferenz folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung Sr. Majestät ist, nachdem sie die französischen Vorschläge mit größter Aufmerksamkeit geprüft hat, zu dem festen Entschluß gekommen, daß diese Vorschläge, wenn man sie zur Ausführung bringt, nicht nur nicht die Ergebnisse zeitigen werden, die sie erreichen sollen, sondern wahrscheinlich ernste und selbst unheilvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas nach sich ziehen werden. Unter diesen Umständen kann sich die britische Regierung diesen Vorschlägen weder anschließen, noch eine Verantwortung hierfür übernehmen. Die Regierung Sr. Majestät will aber zu gleicher Zeit der Regierung der franz. Republik versichern, daß sie es außerordentlich bedauert, daß eine unverdächtige Meinungsverschiedenheit in einer so ernsten Angelegenheit besteht, daß aber dadurch die freundschaftlichen Gefühle nicht nur der britischen Regierung, sondern, wie sie überzeugt ist, des britischen Volkes gegenüber der französischen Regierung und dem französischen Volk unverändert bleiben.

Ministerpräsident Poincare hat hierauf folgende Erklärung abgegeben: Die Regierung der französischen Republik hat ihre Zustimmung den britischen Vorschlägen sehr aufmerksam und sehr streng geprüft. Je mehr sie sie studiert hat, desto mehr mußte sie erkennen, daß sie eine wesentliche Herabsetzung der französischen Forderung in sich schließen, sowie ein Umstoßen des Vertrages von Versailles, und daß es daher unmöglich ist, eine derartige Lösung anzunehmen. Die Regierung der französischen Republik bedauert es lebhaft, daß sie sich über diese ernste Frage mit der britischen Regierung nicht hat einigen können, aber sie dankt der britischen Regierung für ihre freundschaftlichen Gefühle und sie kann ihr die Versicherung geben, daß trotz dieser Verschiedenheit der Ansichten die Gefühle der Regierung der französischen Republik und der franz. Nation gegenüber England unverändert herzlich bleiben werden.

Die Enttäuschung für Deutschland.

WTB. Berlin, 5. Jan. (Ämlich.) Nach den gestern Abend hier eingetroffenen Nachrichten ist die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen. Es hat sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte nicht einmal dem englischen Reparationsplan, der eine Gesamtschuld Deutschlands mit einem Gegenwert von nahezu 40 Milliarden Goldmark vorsah, eine Summe, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei weitem überschritten hätte, ihre Zustimmung erteilen wollten. Die Konferenz ist nicht nur in Deutschland, sondern von den Einsichtigen aller Länder begrüßt worden in der Hoffnung, daß endlich — vier Jahre nach Beendigung des Krieges — das Reparationsproblem eine ausföhrbare Lösung finden und daß Deutschland und ganz Europa aus dem wirtschaftlichen Chaos, in das es durch die politische Behandlung dieses rein wirtschaftlichen Problems gestürzt worden ist, herausgebracht werden könnte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die deutsche Regierung hat in ersten Besprechungen mit den maßgebenden Faktoren der deutschen Wirtschaft eine eingehende Untersuchung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands angefordert und das Ergebnis der Vorschläge, die bis an die äußerste Grenze dieser so festgesetzten Leistungsfähigkeit gingen, schriftlich niedergelegt. Sie hat an die Konferenz das Gesuchte berichtet, diese Vorschläge entgegenzunehmen und durch einen Wesentlichkeit der deutschen Regierung erläutern zu lassen. Deutschland ist nicht gehört worden, obwohl es nach dem Friedensvertrag einen Anspruch darauf hat. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegengenommen worden, während auf der unter dem Vorsitz Bonar Laws tagenden Londoner Konferenz die deutschen Vorschläge wenigstens in Empfang genommen und geprüft worden sind. Die deutsche Regierung hat angeführt die Ablehnung, die in Paris schon der englische Reparationsplan gefunden hat, bevor abgelesen, ihre Vorschläge, die unter diesen Umständen keine Aussicht auf Berücksichtigung finden konnten, der Konferenz unangebracht zu Kenntnis zu bringen. Trotz dieser neuen Enttäuschung hält die Regierung an der Ueberzeugung fest, daß nur eine vorläufige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Ruin bewahren kann. Sie wird sich von dem Weg, wie er durch die Note vom 14. November und die darauf folgenden Erklärungen vorgezeichnet und wie er vom Reichstag gebilligt worden ist, nicht abbringen lassen.

Die Reichslage.

WTB. Berlin, 5. Jan. Die durch den Abbruch der Pariser Konferenz entstandene Rechtslage charakterisieren die Blätter übereinstimmend folgendermaßen: Solange der Vertrag von Versailles noch gilt, hat Deutschland nur mit der Reparationskommission zu tun. Erst nach der Reparationskommission das Paratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Jan. fälligen Vertrag nicht bezahlt haben, eine vorläufige Verschlebung festgestellt und eine Einigung der Allierten über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt sein, erst dann sind Sanktionen vortragsmäßig zulässig. Führt Frankreich also auf eigene Faust einen Ueberfall auf Deutschland aus, dann macht es, wie sämtliche Blätter bezeugen, den Vertrag von Versailles zu einem fehen Papier und ferner wird es vortragsmäßig auch seinen Verbindeten gegenüber, denen damit die Pflicht zufällt, Deutschland in der Rechtsphäre, die ihm der Vertrag gelassen hat, zu schützen.

Die Reichsregierung.

WTB. Berlin, 5. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die Reichsregierung voraussichtlich heute Vormittag in einer Kabinetsitzung zu dem Abbruch der Pariser Konferenz Stellung nehmen werde.

Wie mehrere Blätter mitteilen, ist eine vorzeitige Einberufung des Reichstages nicht beabsichtigt. Für Anfang nächster Woche werde jedoch der auswärtige Ausschuß einberufen werden.

Die Haltung Amerikas.

WTB. Paris, 5. Jan. Der „New York Herald“ meldet aus Washington daß die Regierung ausführliche Berichte der Verhandlungen der Pariser Konferenz von dem amerik. Vizekonsul in Paris und dem Vertreter der Ver. Staaten in der Reparationskommission, Boyden, erhalten hat und daß man sich in Regierungskreisen für die Vorgänge lebhaft interessiert. Es verlautet, daß Harding hinsichtlich der künftigen Stellungnahme die entschiedenste Haltung einnehmen werde. Der Präsident sei entschlossen, dahin zu wirken, daß die Reparationsfrage gelöst werde. Er sei bereit, auch das letzte Mittel Amerikas anzuwenden, um eine Verständigung zu erreichen, obwohl es natürlich möglich sei, daß die Bemühungen der Ver. Staaten nicht erwünscht sein würden. In diesem Falle werde nichts getan werden, um ein amerik. Eingreifen bei den Allierten durchzusetzen.

Alle die Geschäftsleute veranlassen: Ludwig Baul. Druck und Vert.: der W. Weller'schen Buchdruckerei Wittenberg.

Bekanntmachung

betr. die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1923.

1) Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personvereinigungen im Finanzamtsbezirk Altensteig aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1922 bis spätestens Ende Januar 1923 dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen, soweit nicht in der betr. Gemeinde das Ortssteueramt als Ausnahme-Stelle bezeichnet ist.

2) Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Kleriker, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

3) Auch Kleinbetriebe sind steuerpflichtig.
4) Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

5) Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Geldstrafen bis zu je 500 Mk. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

6) Das Umsatzsteuergesetz bedroht diejenigen, die über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben machen und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrags der geschätzten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

7) Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vorbrücke zu verwenden.

8) Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vorbrücke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

9) Nichteinreichung einer Erklärung kann durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden, soweit nicht auf Hinterziehungsstrafen zu erkennen ist.

10) Bei verspäteter Einreichung der Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt angewiesen, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer anzusetzen. Sind Aufzeichnungen über die vereinnahmten Entgelte nicht geführt worden und wird den Verpflichtungen über Auskunftserteilung usw. nicht genügt, so kann der Betrag der steuerpflichtigen Umsätze vom Finanzamt geschätzt werden.

11) Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung im Gesellschaftsregister und in der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ vom 21. November 1922 werden gleichzeitig die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen hiermit auf die Pflicht hingewiesen, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb 1 Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres auch künftig eine Vorauszahlung auf die entstandene Steuerpflicht zu leisten haben. Zur Abgabe von Voranmeldungen zum Zweck der Entrichtung von Vorauszahlungen können vom Finanzamt Vorbrücke und Zahlkarten bezogen werden, in denen die in dem abgelaufenen Kalendervierteljahre vereinnahmten Entgelte, soweit sie umsatzsteuerpflichtig sind, mit ihrem Gesamtbetrag aufzuführen sind; gleichzeitig ist die aus diesem Betrags-errechnende Vorauszahlung in Höhe von 2% zu leisten.

12) Ueberschreitet die am Schluß des Steuerabschnitts auf Grund der Veranlagung für die Gesamtumsätze festgesetzte Steuer den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H. der Vorauszahlungen, so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. dieser Umsätze oder Betrags. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die Vorauszahlungen in solcher Höhe zu leisten, daß die endgültig zu veranlagende Steuer annähernd bedeckt ist. Für nicht festgemäß eingegangene Vorauszahlungen werden Verzugszinsen berechnet, die von dem Betrage der Vorauszahlung in Abzug gebracht werden. Ueberschüssige Beträge werden gegebenenfalls zur Rückzahlung oder auf die nächste Vorauszahlung angerechnet.

Altensteig, den 2. Januar 1923.

Finanzamt:
Hiller A.B.

Wandkalender 1923

mit Marktverzeichnis

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchh.

Altensteig.

Wiesenverpachtung und Stockholzverkauf.

Forstamt Altensteig.
Am Montag, den 8. Januar 1923, vormitt. 11 Uhr wird im Waldhorn in Altensteig die Bömbachwiese Parz. 464/1 der Markung Egenhausen in 4 Losen auf 6 Jahre neu verpachtet. Ferner kommt in dieselbe 21 Lose Stockholz im Boden aus Abl. IV. 7 Bohnmühlereain zur Versteigerung.

Gefunden

wurde vor einigen Tagen größerer Gelbbetrag und kann vom rechtmäßigen Eigentümer gegen Erstattung der entstandenen Unkosten abgeholt werden beim Schultheißenamt.

Fremdliche Einladung zum Bibelkurs,

den vom Sonntag, 7.—14. Jan., Pfarrer Elbert aus Osdorf, O.A. Balingen, hier halten wird. Täglich abends 8 Uhr: Die Sendungsreden Jesu. 8.—13. Jan. außerdem nachm. 4 Uhr: Frauengebeten aus dem Alten und Neuen Testament. Alle Veranstaltungen finden in der Schule statt. Stadtpfarreramt Berned.

Hausfrauen

verwendet bei den hohen Preisen für Kaffeebohnen Kaffeemischungen, die außer Malz einen hohen Prozentsatz Kaffeebohnen enthalten. In verschiedenen Preislagen vorrätig in der Löwen-Drogerie Nagold und Ebhausen.

Gesangbücher

empfiehlt die W. Rieker'sche Buchh. Altensteig.

Richtliche Nachrichten.

Erstausgabe, 6. Januar, vorm. 10 Uhr Predigt über Matth. 2, 1—12. Lied 252. Kirchenopfer für die Basler Mission. nachm. 2 Uhr Missionstunde im Gemeindehaus (Luthersaal). 1. S. u. Erst, 7. Januar, vorm. 10 Uhr Predigt über Mat. 10, 13—16, Lied 408. Der Kinder Gottesdienst fällt aus, nachmittags 1/2 Uhr Christenlehre mit den Schülern. Donnerstag Abend 1/8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus (Luthersaal).

Methodistengemeinde.

Erstausgabe, vorm. 1/2 10 Uhr Predigt. Sonntag, 7. Januar, vorm. 1/2 10 Uhr Predigt, 11 Uhr Sonntagsschule, abends 1/2 8 Uhr Predigt. Von Montag, den 8. bis Freitag, den 12. Januar, je abends 8 Uhr Gebetsversammlung.

Altensteig, 5. Januar 1923.
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder
Karl Armbruster sen.
gestern Abend 1/7 Uhr ganz unerwartet schnell infolge eines Herzschlags im Alter von 66 Jahren verschieden ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag mittag 2 Uhr statt.

Kriegerverein Altensteig
Nachruf.
Unerwartet rasch verschied infolge Herzschlags unser verehrter Herr Vorstand
Carl Armbruster sen.
In dem Verstorbenen verkörpert wir einen treuen Kameraden, einen Mann von aufrichtiger Gesinnung und treuester Pflichterfüllung. Durch seinen festen Charakter und edle Gesinnung hat er sich bei seinen Kameraden ein bleibendes Denkmal errichtet. Der Verein beteiligt sich an dessen Beerdigung. Vollständiges Scheinen ist Ehrenpflicht. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen. Sammlung 1.30 Uhr nachmittags im Lokal. Der Ausschuss.

Altensteig. Empfehlung
Weißmehl, Brotmehl, Mele, amerik. u. Albhafer, Melasse, sowie beschädigten Weizen.
M. Schnierle.

Ungebleichtes Baumwolltuch
fast unverwundlich per Mtr. 980.— Mtr.
Weißes Hemdentuch erstklassig per Mtr. 1050 Mtr.
Hemdenflanell fast unzerstörbar per Mtr. 1080 Mtr.
Besonders preiswert!
Schleibeden Kamelhaarsfarbig über zwei Hand schwer 140 mal 190 cm groß per Stück 2500.— Mtr.
Dieselben in besserer Qualität per Stück 3400.— Mtr.
Besand sofort per Nachnahme. Wenn nicht entsprechend. Betrag retour, deshalb keine Nachsendung.
Josef Wirt, Versandgeschäft, Weiden 305 Oberpfalz.

Altensteig.
Ein 1/2 jähriges
Kind
hat sich mein Salz- und Pfeffer-Schnauzer. Abzugeben gegen Belohnung bei Jakob Theurer, Rißer G. selbroun. Box Verkauf wird gemacht.

Zugelaufen
ist mir ein schwarzer Schäferhund. Gegen Einlösungsgeld und Futtergeld kann derselbe von rechtmäßigem Eigentümer innerhalb 8 Tagen abgeholt werden. Entg.
W. Rieker'sche Buchh.

Löwen-Lichtspiele

Kagold. Samstag u. Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15 Uhr
Der stumme Simson
2. Teil: Ein Sturz auf Leben und Tod in 5 Akten. Der 1. Teil wird erklärt. Spielprogramm:
Der Schmuggler und sein Weib.
Bayerisches Gebirgs-Drama in 4 Akten.

Stallung

Einige Wagen guten
gibt ab gegen Düng oder Stroß
Adam Bauer, Berned.

Zwei Säuer-Schweine

hat zu verkaufen
Seid, Schmied.